

## Rede von Willy Brandt über die dynamische Politik als deutsche Gemeinschaftsaufgabe (Köln, 26.-30. Mai 1962)

**Legende:** Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vom 26. bis 30. Mai 1962 in Köln vertritt Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin, die Ansicht, dass die europäische Einigung und die transatlantische Partnerschaft notwendige Elemente für eine Lösung der deutschen Frage sind.

**Quelle:** Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Köln vom 26. bis 30. Mai 1962. Bonn: Vorstand der SPD, 1962. p. 56-86.

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

**Urheberrecht:** Alle Rechte vorbehalten

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_willy\\_brandt\\_uber\\_die\\_dynamische\\_politik\\_als\\_deutsche\\_gemeinschaftsaufgabe\\_koln\\_26\\_30\\_mai\\_1962-de-ebaa07b5-73dc-4f20-9ac7-f7a5223efe93.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_die_dynamische_politik_als_deutsche_gemeinschaftsaufgabe_koln_26_30_mai_1962-de-ebaa07b5-73dc-4f20-9ac7-f7a5223efe93.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Rede von Willy Brandt über die dynamische Politik als deutsche Gemeinschaftsaufgabe (Köln, 26.-30. Mai 1962)

[...]

Wir sagen: die Bundesrepublik muß das Vertrauensverhältnis zu den Vereinigten Staaten pflegen und weiterentwickeln. Dazu gibt es keine Alternative. (Lebhafter Beifall.)

Wir sagen: die Bundesrepublik muß in der westlichen Gemeinschaft die verbindenden und nicht die auseinanderstrebenden Kräfte stützen. (Beifall.)

Die Freundschaft mit Frankreich ist so sehr zu einer Sache der beiden Völker geworden, daß sie nicht mehr an Regierungen oder Personen hängt. (Lebhafter Beifall.) Wir begrüßen das aus vollem Herzen. General de Gaulle hat die Unbeugsamkeit großer Männer. Wir verstehen seine Ziele. Wir achten seine Politik der Aussöhnung mit dem algerischen Volk. (Beifall.) Wir würdigen seine Haltung gerade auch zu wesentlichen Aspekten der deutschen Frage. Ich hoffe, daß er auch unsere Haltung versteht.

Wir waren und sind der Meinung, daß England zum freien Europa gehört. (Beifall.) Diese Gemeinschaft soll alle einschließen, die dazugehören wollen und können.

Wir freuen uns über die Bereitschaft der Dänen und der Norweger und der Iren. Und wir meinen, daß man es Österreich, Schweden und der Schweiz nicht schwer, sondern leicht machen soll, ihre Interessen mit denen der EWG auf einen Nenner zu bringen. (Beifall.)

In der europäischen Gemeinschaft kommt es uns jetzt konkret auf dreierlei an:

1. Demokratisierung nach innen,
2. Liberalisierung nach außen,
3. zügiger Abbau der Zollkontrollen und damit sichtbarer Fortschritt im Interesse der europäischen Bürger.

Die grünen Mützen passen vielfach schon heute nicht mehr in die Landschaft des neuen Europa. (Beifall.)

Wir haben unseren Freunden in der Welt positive und konstruktive Vorschläge zu machen. Wir müssen verhindern, daß sich das Unbehagen an nur noch schwer kalkulierbaren Reaktionen des offiziellen Bonn auf das deutsche Volk und die deutsche Sache überträgt.

Ich habe unangenehme Wahrheiten gesagt und noch zu sagen. Das geschieht ganz gewiß nicht, um Sündenböcke zu suchen. Es ist lediglich Sache der Ehrlichkeit, die richtige Bilanz zu ziehen, eine Bilanz, die leider nicht gut ist.

Lassen Sie mich feststellen: Es ist den Bundesregierungen der letzten 13 Jahre — sicherlich auch zu deren eigenem Leidwesen — nicht gelungen, auf dem Wege zur Einheit Deutschlands voranzukommen. Es ist ihnen nicht gelungen, das Verhältnis zum Osten zu entlasten. Stattdessen ist neuerdings sogar das Verhältnis zum Westen belastet worden. Und es droht die Gefahr, die zu verstärken eine böartige Propaganda des Ostens unermüdlich am Werke ist, daß die Bundesrepublik von manchen in der Welt als der Störenfried und der Neinsager Europas betrachtet wird.

Diese Bilanz, verehrte Anwesende, müßte alle verantwortungsbewußten Kräfte, alle Parteien in der Bundesrepublik zu Überlegungen zwingen, wie man über den gegenwärtigen Stand der Dinge hinwegkommen kann. Wir Sozialdemokraten hatten dazu im Herbst vergangenen Jahres einen praktischen Vorschlag gemacht. Wir hatten vorgeschlagen, die vierte Bundesregierung auf der Basis aller drei im Bundestag vertretenen Parteien zu bilden, um mit dem, „was auf uns zukommt“, so gut wie möglich fertig zu werden.

[...]

Es gehört zu diesen Wahrheiten, wie ich sie sehe, daß Berlin der Punkt ist, an dem das stärkste Engagement der Alliierten in Deutschland vorliegt. Für die Erhaltung der Freiheit dieser Stadt, ein Kernstück der deutschen Frage, sind unsere Freunde notfalls bereit, große und vielleicht schreckliche Opfer zu bringen.

Wir müssen erkennen, die Wiedervereinigung ist ein politisches Ziel der westlichen Gemeinschaft, für das nicht eine gleiche oder ähnliche Bereitschaft zu einem solchen Risiko vorliegt. Die Wiedervereinigung ist von den Sowjets ebensowenig zu erpressen, wie die Sowjets vom Westen eine Unterschrift unter die deutsche Teilung erpressen können. Wir müssen auch feststellen, selbst wenn es niemandem von uns Spaß macht, daß nicht einmal von allen unseren Verbündeten eine diplomatische Unterstützung für die ungelösten Grenzfragen im Sinne unserer Rechtsauffassung zu erwarten ist.

Deutschland steht ja auch nicht so sehr im Mittelpunkt des Weltgeschehens, wie wir das heute gern annehmen. Im Mittelpunkt des Weltgeschehens steht heute eine andere Frage: Wie man aus der stillschweigenden Übereinkunft, daß es keinen großen Krieg geben soll, eine formulierte Vereinbarung machen kann, die das Ausbleiben des großen Krieges nach menschlichem Ermessen garantiert.

Die deutsche Frage ist für die Großmächte zunächst nur insofern interessant, als ihnen bewußt ist oder bewußt gemacht werden kann, daß die Spaltung Deutschlands dem Wunsch nach Vermeidung eines großen Konflikts im Wege steht. Wir fordern die Wiedervereinigung aus den Gründen dieses widernatürlich zerrissenen Volkes, aber wir fordern sie auch, weil die Spaltung Deutschlands dem Wunsch nach Frieden im Wege steht. Das heißt aber, wir müssen deutlich machen, daß die Herstellung unserer staatlichen Einheit die Spannungen zwischen Ost und West nicht erhöhen, sondern vermindern würde.

Die Bundesrepublik muß heraus aus dem Zwielficht. Dazu ist zweierlei notwendig:

Erstens. Wir haben eigene Vorschläge zu entwickeln und die Bürde des Denkens nicht allein denen zu überlassen, die ein äußerstes Risiko tragen. In dieser Beziehung dürfen wir nicht im Bremserhäuschen sitzen und das Schlußlicht bilden, sondern wir müssen gewissermaßen Lokomotive sein. (Beifall.)

Die Bundesrepublik muß vor allem den Geruch verlieren, als wolle sie vom Ost-West-Konflikt profitieren. In Wirklichkeit ist eine Verminderung der Spannungen — so unendlich schwierig das sein mag — die wichtigste Voraussetzung, um unser Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen.

Die Spaltung Deutschlands ist Ergebnis der Hitlerei und Folge des Konflikts zwischen Ost und West. Die Wiederezusammenführung kann nur im Zusammenhang mit einem veränderten Verhältnis zwischen Ost und West als realistisch angesehen werden. Zu einer solchen Veränderung haben wir um des Friedens willen und um unserer nationalen Zukunft willen beizutragen. Wer glaubt, von einem unveränderten Verhältnis zwischen Ost und West profitieren zu können, der zementiert den Status quo.

Wir müssen deshalb zweitens alle Bemühungen unterstützen, die zu Fortschritten auf dem Wege zur Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung führen können. Wir Deutschen dürfen uns in unserer Friedensliebe und in unserem Wunsch nach Entspannung von keinem anderen Volk übertreffen lassen. Denn wir spüren die Folgen der weltweiten Spannung am deutlichsten, nämlich am eigenen Leibe.

Wir stehen Wort für Wort zu den Formulierungen unseres Regierungsprogramms vom April 1961,

daß Verteidigungsbereitschaft und Rüstungskontrolle die beiden Seiten unserer unteilbaren Sicherheit sind

und daß wir, vor allem in der Regierungsverantwortung, eigene Vorschläge zu einer gleichwertigen und kontrollierten Abrüstung machen werden.

Rüstungskontrolle und Abrüstung sind in diesen sechziger Jahren eine ebenso lebenswichtige wie schwer durchschaubare Sache. Auf diesem Gebiet mischen sich militärische, wirtschaftliche, politische und massenpsychologische Faktoren. Aber keiner der an einem gesicherten Frieden Interessierten — und dazu gehören wir alle, die wir hier sind, ebenso wie die erdrückende Mehrheit unseres Volkes — darf in der Wahl

der Mittel kleinlich sein, die geeignet sind, diesem Ziel nahezukommen.

Zwei Gefahren müssen wir realistisch sehen: Einmal droht das Bekenntnis zur Wiedervereinigung in manchen Kreisen zu einem Schlagwort zu werden, zu dem man sich bekennt, ohne daß daraus Verpflichtungen erwachsen. Damit scheint dieses Bekenntnis ebenso ehrlich und unverbindlich wie der Wunsch, daß die Welt besser werden möge.

Zum anderen besteht die Gefahr, daß die Fahne der Wiedervereinigung, wenn die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik sie sinken ließen, eines Tages von politischen Kräften aufgegriffen und weitergetragen werden könnte, die wir hoffen endgültig überwunden oder zuverlässig isoliert zu haben. (Beifall.)

Wir sind Realisten. Aber es gibt neben anderen Realitäten auch eine Realität der Not. Es ist eine Realität, daß die geplagten Menschen in der Zone sich mit der Spaltung nicht abgefunden haben. Sie können nicht reden. Wir aber müssen laut und deutlich sagen, wie viel uns unsere menschlichen Bindungen und unsere nationalen Interessen wert sind. Wir müssen auch an eine Frage wie die des innerdeutschen Handels so herangehen, wie es die Lage unseres Volkes erfordert: leidenschaftslos, nüchtern, aber nicht negativ. Im deutschen Interesse liegt, was unseren Landsleuten nützt, nicht dem Regime, was den Verbindungen zwischen den beiden Teilen unseres Volkes dient, nicht einem mißverstandenen Prestige.

Wenn dieses deutsche Volk sich mit der Spaltung abfände, dann wäre noch einmal etwas in ihm und mit ihm nicht in Ordnung. Das sagen wir vor allem unseren ausländischen Freunden und Gegnern. Wir haben nach 1933 eine Minderheit in die Lager treiben lassen, und wir würden uns wieder an einem Verbrechen mitverantwortlich machen, wenn wir uns mit dem Unrecht an dem kleineren Teil unseres Volkes abfinden würden. (Lebhafter Beifall.)

Die Ehrlichkeit unseres Verlangens nach erträglichen und menschenwürdigen Verhältnissen für unser ganzes Volk erweist sich heute in und an Berlin. Berlin ist ein Testfall für unseren guten Willen — und auch für die Absichten anderer.

Gewiß, Berlin kann ohne die Bundesrepublik nicht existieren. Aber was wäre die Bundesrepublik ohne Berlin? Es ist wie mit dem Verhältnis zwischen Herz und Kreislauf. Die Bundesrepublik ohne Berlin wäre das Ende des deutschen Anspruchs auf das Selbstbestimmungsrecht. (Beifall.) Die Bundesrepublik ohne Berlin wäre die Kapitulation freier Menschen vor dem Gesetz der puren Machtpolitik. Die Bundesrepublik ohne Berlin wäre das Ende aller Sicherheit, als Kettenreaktion auch für unsere westlichen Freunde. Sie wäre das Ende der Hoffnungen von 17 Millionen. Sie wäre das Ende unseres Anspruchs, ein Volk zu sein.

Das sagen wir so deutlich wie nur möglich, auch wenn wir uns angewöhnt haben, im Verhältnis zur Zone leiser zu sprechen, damit wir besser verstanden werden. (Beifall.)

Seit dreieinhalb Jahren wird nun schon wieder über Berlin verhandelt. Und es gibt keine Alternative zum Programm der Verhandlungen. Jedenfalls ist die Alternative gefährlich, nicht zu verhandeln und mal eine Pause zu machen. Während der letzten Pause hat der 13. August 1961 stattgefunden.

Ich erinnere mich leider nur zu gut daran, daß vor dem 13. August die Neigung, nicht zu verhandeln, überwog. Es kam dann zu einem eindeutigen Status quo minus — mit dem weiteren Ergebnis, daß danach wieder verhandelt wurde. Niemand kann heute beweisen, daß eine Initiative des Westens im Sommer vergangenen Jahres, die Sowjetunion beim Wort zu nehmen und sie an den Konferenztisch zu laden, um z. B. das gewiß nicht von heute auf morgen zu bewältigende Thema eines deutschen Friedensvertrages zu besprechen, die Mauer verhindert hätte. Aber ich weiß, daß unsere damaligen Anregungen nicht an Washington und überhaupt nicht in erster Linie außerhalb Deutschlands gescheitert sind. (Beifall.)

Eine neue Pause könnte von unseren Widersachern dazu benutzt werden, neue Tatsachen zu schaffen, für die militärische Gegenmaßnahmen vielleicht nicht geplant sind. Es kommt darauf an, die Abmachungen über Berlin so zu ergänzen, daß die Möglichkeit willkürlicher Zugriffe auf den Verbindungswegen

ausgeschaltet wird. Freier Verkehr von und nach Berlin — das ist kein Zustand, sondern ein Ziel.

Die Mauer wurde errichtet, damit aus einem aufgezwungenen Regime nicht ein Regime ohne Volk würde. Die Mauer ist Terror, der fotografiert werden kann. Die Mauer stört aber auch den Anspruch der Sowjets, sich als Vorkämpfer für die Freiheit der Völker in weiten Teilen der Welt aufzuspielen. An der Mauer hat es geknallt und dort ist Blut geflossen. Die Mauer ist so unnatürlich und so unmenschlich, daß wir uns damit niemals abfinden können. Die Mauer ist auch eine tägliche Demonstration, daß Koexistenz kein paradiesischer Zustand ist, sondern eine harte und immer noch gefährvolle Auseinandersetzung.

Deshalb bedarf es eines entschiedenen Engagements. Hinter den drei für Westberlin gegebenen Garantien steht die klare Entschlossenheit der Amerikaner und der anderen Verbündeten. Wir dürfen nicht dahinter zurückstehen. Berlin ist zuerst unsere Sache, die Sache des ganzen freien deutschen Volkes, von der wir nicht ablassen. Eine abschließende Lösung des Berlin-Problems gibt es erst im Zusammenhang mit einer Lösung der deutschen Frage. Inzwischen kann es sich nur um einen modus vivendi handeln. Ich bin für einen modus vivendi, der den drei bekannten Garantien entspricht und umfassendere Lösungen zu einem späteren Zeitpunkt nicht verbaut. Gerade wenn es sich um einen technischen modus vivendi handelt, müssen allerdings alle Einzelheiten genau beschrieben und festgelegt werden, denn der Teufel kann bekanntlich im Detail liegen.

Die Lebensfähigkeit Berlins ist nicht nur ein materielles, sie ist auch ein psychologisches Problem; sie hängt in hohem Maße ab von den bestehenden Bindungen zum größeren Teil des freien Deutschland. Wir kennen die international-rechtliche Lage. Aber wir wissen auch, was in den deutsch-alliierten Verträgen steht. Und wir dürfen gewiß auf das Verständnis und den Respekt der Verbündeten rechnen, wenn wir auf den nüchternen Tatbestand — auch eine Realität — verweisen, daß Berlin nach deutschem Recht und nach dem Willen der Betroffenen ein Teil der Bundesrepublik ist und daß uns niemand von dieser unserer Rechtsauffassung und der sich daraus ergebenden Verpflichtung abbringen kann. Oder, um es mit den Worten eines bekannten Publizisten zu sagen: Unsere geschichtlichen Kompetenzen reichen über die Mauer hinaus.

Inzwischen wollen und dürfen wir nicht die Hoffnung aufgeben, daß es auf einer internationalen Ebene möglich sein wird, ein Minimum an Durchlässigkeit der Mauer zu erreichen. Berlin ist nicht nur eine Frage deutscher oder weltpolitischer Interessen. Es ist auch eine Frage von einigen Millionen lebendiger Menschen. Eine Frage auseinandergerissener Familien und blutender Herzen. Und jedermann hier wird Verständnis dafür haben, wenn ich sage:

Meine Gedanken sind in diesem Augenblick vor allem bei den Menschen in Berlin, das heißt, auch im anderen Teil Berlins, bei unseren Freunden in Ostberlin — und bei den Freunden in der Zone.

Und ich füge hinzu, daß meiner Überzeugung nach nicht allein über einen modus vivendi für Westberlin verhandelt werden dürfte, sondern über ganz Berlin, über die Mauer und über Erleichterungen für unsere Landsleute in der Zone.

Solange die Verhandlungen andauern und ohne zu wissen, wie sie ausgehen, haben wir zu beweisen, daß das freie Berlin trotz der Mauer leben kann, daß es nicht austrocknet und nicht verkümmert. Das ist nicht eine Aufgabe der Berliner allein. Durch eine positive dynamische Politik wollen wir es, allen Widerständen zum Trotz, dahin bringen,

daß Berlin zu einem noch moderneren Industriezentrum wird,  
daß seine Stellung als Stätte der Bildung, der Wissenschaft und der Kunst gestärkt wird,  
daß es junge Menschen anzieht, die durch ihr persönliches Verhalten bekunden: wir geben weder unser Selbstbestimmungsrecht auf noch unsere Hauptstadt.

Die Westberliner Ausbaupläne sind kein Ersatz für Politik. Sie sind kein Ersatz für die weiterreichende Aufgabe und das eigentliche Ziel. Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands und das Versprechen an unsere Landsleute hinter der Mauer. Ohne diesen Maßstab könnte jede Aktivität zur bloßen Geschäftigkeit werden.

Wir wissen alle, daß es keinen raschen und keinen leichten Weg zur Lösung der deutschen Frage gibt. Berlin bleibt das nächste Glied der Kette.

Der zweite Faktor ist der Wille unseres Volkes hüben und drüben. Es gibt nämlich nicht ein Recht auf Selbstbestimmung, das man einweint, sondern es gibt ein Recht auf Selbstbestimmung, das man sich zur bitteren Pflicht macht und unter harten Mühen zu erstreiten sucht. (Beifall.)

Der dritte Faktor ergibt sich aus den weltpolitischen Zusammenhängen und der internationalen Entwicklung, die wir nur bedingt, aber doch ein wenig beeinflussen können.

Es bedarf in aller Welt einer beharrlichen Aufklärung über die menschlichen, rechtlichen und nationalen Aspekte der deutschen Frage. Ich bin überzeugt, daß doch kommen wird, woran viele Leute nicht mehr glauben: das deutsche Volk wird wieder zusammenkommen; es wird ein freies Volk sein; es wird seinen Beitrag leisten zum Frieden und Fortschritt in der Welt; es wird nicht rasten, weil es nicht rosten will; es wird blühen und gedeihen, trotz alledem.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

Wir leben in einer Zeit des Wandels, außenpolitisch und innenpolitisch. In der Weltpolitik bestehen die Gegensätze fort, und trotzdem versuchen die führenden Mächte, Spielregeln zu finden, um nebeneinander existieren zu können. Sie wollen die Katastrophe vermeiden. Viele der alten Regeln gelten nicht mehr. Neue Formen der Auseinandersetzung deuten sich an. Deutschland ist von diesem Prozeß des Wandels nicht auszuschließen. Die Ära Adenauer ist zu Ende. Was immer ihr folgt, es wird anders aussehen.

Wir dürfen Festigkeit nicht mit Starrheit verwechseln, sonst geraten wir in die Isolierung. Wir dürfen nicht bremsen, sondern wir müssen uns aktiv, positiv und mit eigenen Anregungen in die internationale Meinungsbildung einschalten. Nur so können wir der westlichen Gemeinschaft helfen. Nur so können wir eine Lösung der deutschen Frage vorbereiten helfen.

Weiter: Die Bundesrepublik muß alles fördern, was der Einheit Europas dient. Sie muß alles vermeiden, was die atlantische Gemeinschaft, die erst noch weiter entwickelt werden muß, schwächen könnte oder gar zersetzen müßte.

Wandlungen vollziehen sich in den beiden Teilen Deutschlands. Die Zone lebt in einem Zustand verzweifelter Drucks. Die Bundesrepublik hat es mit Anpassungsschwierigkeiten an eine veränderte Wirklichkeit zu tun. Die Gefahr für unser Berlin dauert an.

In der schwierigen Situation, in der sich unser Volk befindet, kommt es im Innern darauf an, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.

Wir haben uns nicht nur mit unserer Geschichte auszusöhnen; wir haben sichtbar zu machen, was sich, ohne daß es die meisten merken, bereits zu vollziehen beginnt.

Es gibt heute in einigen außenpolitischen Fragen andere und breitere Grundlagen, als sie der gegenwärtigen Regierungsmehrheit entsprechen.

Es gibt für wichtige, bisher vernachlässigte Gemeinschaftsaufgaben im Interesse unserer Jugend und unserer Alten, für die soziale und kulturelle Untermauerung unserer Demokratie, Mehrheiten, die nicht den heutigen parlamentarischen Gegebenheiten entsprechen.

Es gibt Strömungen und Gruppierungen in unserem Volk, die sich ebenso an den Notwendigkeiten orientieren wollen, wie unsere Sozialdemokratische Partei.

Diese Partei aber ist nicht nur ein kritischer und drängender, sondern auch ein stabilisierender und

mitgestaltender Faktor der Bundesrepublik. Sie ist verantwortungsbewußt und bereit, Verantwortung zu tragen. Sie drängt nach vorn. Sie bleibt nicht stehen. Und sie wird die weitergesteckten Ziele erreichen.

Es gibt für mich keinen Zweifel, daß die sachlich fundierten und sachlich gebotenen Mehrheiten auch im Parlament, auch in der Regierung der Bundesrepublik Deutschland abzulesen sein werden.

Unser Volk ist leider nicht offen genug unterrichtet worden über die Schwierigkeiten, die vor ihm liegen. Wir müssen deshalb von dieser Stelle aus nicht nur angenehme Wahrheiten sagen. Das müssen wir tun, und das können wir tun. Denn nur mit dem Volk, mit seiner aktiven Unterstützung, mit seinem Verantwortungsbewußtsein und mit seiner Bereitschaft, zusammenzustehen und auch Opfer zu bringen, werden wir die Schwierigkeiten überwinden, die vor uns liegen.

Vor uns liegt wahrlich harte Arbeit. Die wollen wir leisten, gemeinsam mit allen, die zur Zusammenarbeit bereit und fähig sind. Nur so wird Deutschland leben. Und Deutschland wird leben. (Anhaltender lebhafter Beifall.)